

Tierschutz will mehr Kontrollen



Über die richtige Häufigkeit von Stallkontrollen streiten sich Tierschutz und Veterinäramt. Bild: Susann Basler

Die Behörden kontrollieren die Tierhalter zu wenig, kritisiert Tierschutzpräsident Zepf. Kantonstierarzt Witzig entgegnet, selbst noch so viele Inspektionen könnten Verstösse nie ganz vermeiden.

FRAUENFELD – Der Fall sorgte für Aufsehen. «Das ist der brutalste Tierhalter der Schweiz», titelte der Sonntagsblick vor der Gerichtsverhandlung in Arbon. Als der angeklagte Bauer vor einer Woche nicht im Gerichtssaal erschien und das Verfahren verschoben wurde, löste das einen Tumult unter den Anhängern des radikalen Tierschützers Erwin Kessler aus (TZ berichtete). Dem Bauern werden diverse Vergehen gegen das Tierschutzgesetz zur Last gelegt. In seinem Stall war unter anderem eine abgemagerte

Kuh erschossen aufgefunden worden. Andere Tiere waren krank und wurden nicht behandelt. Eine Kuh wies akute Klauenleiden auf, eine andere Lähmungen.

An «Zustände wie im Bernbiet» erinnert fühlt sich Reinhold Zepf, Präsident des Thurgauischen Tierschutzverbandes. Es sei schliesslich nicht der erste schlimme Fall im Thurgau. Nach Angaben des Veterinäramts wurden 2007 23 Verstösse gegen die Tierhaltungsvorschriften geahndet. Sechs Fälle, waren so gravierend, dass ein Tierhalteverbot ausgesprochen wurde.

Kontrollen stichprobeweise

Was Zepf vor allem stört, ist, dass der Brüschwiler Bauer schon 2003 wegen Zuwiderhandlung gegen das Tierschutzgesetz verurteilt worden war. «Das Veterinäramt müsste doch zumindest verurteilte Tierhalter regelmässig kontrollieren», sagt Zepf. Das

Amt überprüfe die Einhaltung der Tierschutzvorschriften nur, wenn ein Hinweis von aussen vorläge, klagt Zepf. Er glaubt, dass viele Fälle so gar nicht ans Tageslicht kommen, da nur Amtstierärzte Zugang zu den Ställen erzwingen können. Normale Tierärzte würden davor zurückschrecken, Missstände zu melden. Sie fürchteten, die Bauern als Kunden zu verlieren, sagt Zepf. Deshalb sei es falsch, wenn das Veterinäramt nur auf Anzeigen warte.

Den Vorwürfen von Tierschützer Zepf widerspricht Kantonstierarzt Paul Witzig heftig. Sein Amt führe von sich aus verschiedene Kontrollen in Tierhaltungen durch, etwa im Zusammenhang mit der Lebensmittelproduktion. Dabei würden stets auch die Einhaltung der Tierschutzgesetzgebung geprüft. Diese Kontrollen erfolgen stichprobenmässig. Ausserdem inspiziere auch die Kontrollstel-

le für Ökologie und Label Ställe. Sie prüft unter anderem, ob die Betriebe die Voraussetzungen für Direktzahlungen erfüllen. «Zusammen mit den Hinweisen aus der Bevölkerung und von den Tierschutzorganisationen ergibt sich eine gute Überwachung der Tierhaltungen», sagt Witzig. Das Veterinäramt führe auch gezielte Nachkontrollen bei beanstandeten Tierhaltungen durch, widerspricht er

Zepfs Kritik.

Der Kantonstierarzt gibt zu bedenken, dass bei allen Kontrollen Missstände nie ganz ausgeschlossen werden können. Bei den fehlbaren Tierhaltern handle es sich meist um Landwirte, die nie Anlass zu Beanstandungen gegeben hätten und plötzlich «entgleisen» – etwa wegen einer Scheidung.

Nach Witzigs Erfahrungen können im Thurgau Fälle von Tierquälerei

sachlich angegangen werden. Er lobt die gute Zusammenarbeit zwischen Behörden und Organisationen. Erst kürzlich habe Tierschutzpräsident Zepf seine Anliegen vor dem zuständigen Regierungsrat anbringen können. Dass Zepf immer wieder Vorwürfe gegen das Veterinäramt erhebe, hänge wohl damit zusammen, dass es ihm um Medienpräsenz gehe, vermutet Witzig.

CHRISTOF WIDMER

Drohungen gegen Veterinäramt

Der in Arbon angeklagte Tierhalter soll Amtspersonen massiv gedroht haben. «Für etwas gibt es auch die Russen-Mafia», zitiert ihn der Sonntagsblick. Drohungen gegen Angehörige des Veterinäramts kämen häufig vor, bestätigt Kantonstierarzt Paul Witzig. Dies gehöre fast schon zum Umgangston mit Behör-

den und sei «sehr bedenklich». In der Regel seien sich die Leute aber nicht bewusst, was sie eigentlich sagen, glaubt Witzig. «Die objektive Gefahr einzuschätzen, ist nicht einfach.» Dass die Thurgauer Behörden deshalb Angst hätten, gegen Tierhalter einzuschreiten, treffe aber nicht zu. (wid)